

PRESSEMITTEILUNG #128 – 05. Mai 2021

Thomas Rother:

In Gesetzesform gegossene Misstrauenserklärung gegenüber allen Migrant*innen

Zur heutigen Abstimmung im Innen- und Rechtsausschuss über das Integrations- und Teilhabegesetz erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Rother:

„Trotz der in der Anhörung geäußerten Kritik an dem Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe der Landesregierung haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit ihrem Abstimmungsverhalten in der heutigen Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses eine große Chance vertan, die Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund effektiv zu fördern und die bestehenden Strukturen in Schleswig-Holstein nachhaltig zu verändern. So bleibt die finanzielle Förderung der unabhängigen Migrationsberatung in Schleswig-Holstein weiterhin vage. Ferner halten die Regierungsfractionen an ihrer Forderung nach einem generellen Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung fest. Diese kann nicht anders verstanden werden als eine in Gesetzesform gegossene Misstrauenserklärung gegenüber allen Migrantinnen und Migranten. Solche Unterstellungen schaffen kein gegenseitiges Vertrauen, sondern spalten unsere Gesellschaft. Überdies stimmte die Jamaika-Koalition gegen eine stärkere Öffnung der Landesverwaltung für Migrantinnen und Migranten, obwohl schon der jüngst vorgelegte Personalstruktur- und Personalmanagementbericht der Landesregierung offenbart, dass der Anteil von Bewerbungen und Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf Ausbildungs- und Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren nicht wesentlich erhöht werden konnte. Bloße Beteuerungen und leere Versprechungen sind einfach nicht genug – doch für Taten fehlt den regierungstragenden Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP der politische Wille. Die SPD-Fraktion hatte hierfür konkrete Vorschläge unterbreitet.“

i.V. Felix Deutschmann